

Transatlantische Beziehungen

Jan Techau | Für europäische Kritiker Donald Trumps ist der Fall klar: Das „postatlantische Zeitalter“ hat begonnen. Europa muss sich von Amerika abkoppeln. Doch ist das für den „alten Kontinent“ überhaupt eine realistische Option? Wären die Europäer wirklich willens und in der Lage, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen? Sieben Thesen auf dem Prüfstand.

Die transatlantischen Beziehungen sind tot

Nein, im Gegenteil. Das Geheimnis der transatlantischen Beziehungen war es immer, dass sie selbst in Zeiten tiefster Verwerfungen (z.B. wegen des Irak-Kriegs 2003) ziemlich gut funktionieren. Der größte Teil dieses Verhältnisses ist gut eingeübte Routine. Arbeitsgruppen tagen, Kommissionen treffen sich, technische Themen werden verhandelt und gelöst. Die Ministerialkontakte sind gut, und auch innerhalb der NATO gibt es festgelegte Verfahren, die eingehalten werden und jeden Tag Ergebnisse produzieren. Der Warenverkehr pulsiert, Investitionen werden in großem Umfang getätigt, und Kapital fließt ohnehin ungehemmt hin und her. Jenseits der großen Politik, in der es manchmal hoch hergeht, gibt es also sowas wie ein nicht so beachtetes, aber stetiges Rückgrat der Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Die Bindekraft dieser Routinen, die es in dieser Form zwischen globalen Kernregionen nirgendwo sonst auf dem Planeten gibt, sollte man nicht unterschätzen.

Und doch ist der Atlantizismus in der Krise. Bei ihm geht es nämlich um mehr als um die Klebekraft technischer Vorgänge. Der Atlantizismus beruht auf der Annahme, dass Nordamerika und Europa sich gemeinsam als Teil des „normativen Projekts des Westens“ (Heinrich August Winkler) betrachten, also grundlegende Werte teilen, für gleiche Formen der Ordnung eintreten und politisch meist zu vergleichbaren Lösungen für vergleichbare Probleme kommen. In der Ära Donald Trump erscheint vielen genau diese Gemeinsamkeit verloren. Der US-Präsident wende sich von einer solidarischen Weltordnung ab, betrachte die Welt als Dschungel ohne Regeln, in der jeder erst einmal auf sich allein gestellt sei, kultiviere die Lüge als Staatskunst und grenze all jene aus, denen sein Ressentiment gilt.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Hierbei ist nicht entscheidend, ob Trumps tatsächliche Politik auch wirklich ganz und gar dem polarisierenden Ton folgt, den er kultiviert (sie tut es nicht). Entscheidend ist der reale Vertrauensverlust in das Amt des Präsidenten, in das amerikanische politische und ökonomische System, das solche Exzesse eigentlich verhindern soll, und in den Pragmatismus der Amerikaner, von denen man immer annahm, sie neigten nicht zum ideologischen Überschwang. Nicht umsonst behaupten jene, die dem Atlantizismus schon den Totenschein ausgestellt haben, dass Amerika als Idee, als aufklärerisches, emanzipatorisches, freiheitliches und fortschrittliches Modell durch Trump endgültig beseitigt sei, und dass Amerika sich nunmehr endlich als genau die rassistische, turbokapitalistische, gespaltene, gewalttätige und Ungleichheiten produzierende Gesellschaft entpuppe, die es immer schon war. Doch schon Dieter Kronzucker, der legendäre Auslandskorrespondent, konnte feststellen: „Was auch immer man über Amerika sagt, trifft zu. Und das Gegenteil auch.“ Es wäre voreilig, von einem Jahr Trump auf den wahren Charakter Amerikas und seine Zukunft zu schließen. Trump ist nicht Amerika.

Europa ist von den USA viel weniger abhängig, als immer behauptet wird

Leider nicht. Man greift nicht zu hoch, wenn man sagt, dass Europas Stabilität, seine Prosperität und sogar der politische Integrationsprozess der EU, der einem großen Teil Europas politische Struktur verleiht, entscheidend von der amerikanischen Schutzmacht abhängen.

Europa mit seinen ausgehöhlten Armeen ist nicht in der Lage, seine eigene Sicherheit ohne Amerika zu gewährleisten. Der amerikanische Nuklearschirm schützt die Europäer vor atomarer Erpressung durch Russland und verleiht der NATO-Ostgrenze Glaubwürdigkeit. Doch Amerikas Stabilisierungsdienstleistung erstreckt sich nicht nur aufs Militärische im engeren Sinne. Die USA sorgen mit ihren global präsenten Flottenverbänden auch dafür, dass europäische Interessen dort geschützt werden, wo Europa sie niemals selbst schützen könnte. Amerika hält die internationalen Märkte offen und die Seewege frei, die für einen energie- und rohstoffarmen Kontinent, der aber gleichzeitig vom Export hochwertiger Güter lebt, von existenzieller Bedeutung sind.

Und Amerika hat auch eine innere Funktion für Europa. Die schiere Präsenz einer dominanten, nichteuropäischen Militärmacht in Europa sorgt dafür, dass sich die Europäer nicht vor sich selbst fürchten müssen. Ihr uraltes Misstrauen untereinander, ihre bitteren Konkurrenzkämpfe und ihre nationalistischen Versuchungen sind obsolet, solange eine wohlmeinende Ordnungsmacht ihnen den Grund fürs gegenseitige Übertrumpfen nimmt. Auf diese Weise wirkt die Schutzmacht Amerika wie eine Vertrauensinfusion. Europas Abhängigkeit von Amerika erstreckt sich also von harten, messbaren Faktoren bis hin zu Fragen der politischen Kultur. Europa hat bisher nicht nachgewiesen, dass es dieses transatlantischen Stabilisierungsakts nicht mehr bedarf.

Europas Abhängigkeit von Amerika muss endlich beendet werden

Kann sein, aber wer will das bezahlen? Nehmen wir an, Europa wäre bereit und in der Lage, sich aus sich selbst heraus zu stabilisieren. Ein Modell dafür wäre eine intensiv vorangetriebene europäische Integration hin zu einem europäischen föderalen Staatswesen, das im Inneren eine gesunde Demokratie aufweist und nach außen als selbstbewusste globale, aufgeklärte Ordnungsmacht auftritt. Sind die Europäer bereit, ihre Nationalstaaten, die ja hauptsächlich Hersteller von Identität und politischer Legitimation sind, in einem solchen Konstrukt aufgehen zu lassen? Welches dann auf gesamteuropäischer Ebene eine Bindekraft erzeugt, die Vertrauen vermittelt und sich von außen nicht auseinanderdividieren lässt? Schwer vorstellbar. Die politischen Kosten solcher Souveränitätstransfers wären enorm, der Widerstand gewaltig und das Risiko, dabei den gesellschaftlichen Frieden zu verlieren, extrem hoch.

Aber selbst wenn wir uns nicht den ganz großen Wurf der Abnabelung und Selbstständigkeit vorstellen, sondern nur eine größere militärische Unabhängigkeit, wird es arg teuer. Eine europäische konventionelle Streitmacht, die auch nur ansatzweise ersetzen kann, was Amerika in und um Europa vorhält, wäre so teuer, dass die umstrittene 2-Prozent-Marke für Verteidigungs-

ausgaben, die von den meisten Europäern abgelehnt wird, bei weitem nicht ausreichen würde. Wer von militärischer Autonomie Europas spricht, wird eher um die 6 Prozent ausgeben müssen. Von den Nuklearwaffen, die Europa vor dem Zugriff Russlands schützen, gar nicht zu sprechen. Ihre Kosten wären noch einmal deutlich höher.

Wollte Europa diese Kosten tatsächlich selbst aufbringen, müssten die Haushalte aller EU-Mitgliedstaaten massiv umgebaut werden. Eine Verlagerung weg von sozialer, hin zu militärischer Sicherheit wäre die Folge – und das in alternden Gesellschaften, deren Ausgaben sich förmlich wie von allein im Sozialsektor konzentrieren. Eine solche Umschichtung käme einer kalten Revolution gleich, die in Europa undenkbar ist. Eine wirkliche Unabhängigkeit von Amerika ist schon aufgrund des (verständlicherweise) gewollten europäischen Sozialmodells nicht möglich. Oder anders gesagt: Das der Befriedung der notorisch unfriedlichen europäischen Gesellschaften dienende Sozialmodell ist nur möglich, weil es von Amerika querfinanziert wird. Wer die Abhängigkeit verringern will, die in Zeiten Trumps als unbequemer und ehrabschneidender empfunden wird als sonst, der muss eine glaubhafte Alternative aufzeigen, die sich in Europa auch friedlich politisch durchsetzen ließe. Sie ist nirgends in Sicht.

Amerika kann durch andere strategische Partner ersetzt werden

Nein. Wer sollte das denn sein? Die amerikanische Schutzmacht mag hier und da unbequem sein. Wenn jemand wie Trump Präsident ist, mag sie sogar abstoßend wirken. Aber schon der gedankliche Vergleich mit anderen möglichen Großmächten zeigt, dass keine davon für Europa eine Alternative sein kann. Infrage kommen ja eigentlich nur Russland und China. Und, mit ein bisschen luftiger Phantasie, die Türkei, die, wenn sie sich nicht vorher selbst zerlegt, mit ziemlicher Sicherheit zu einer europäischen Großmacht werden wird.

Um es kurz zu machen: Keine dieser Mächte kann den Europäern auf dieselbe Art Frieden in Freiheit bieten, wie Amerika es kann. Niemand in Europa kann eine Hegemonie Russlands wollen, dessen politisches System allen Freiheits- und Rechtsstaatsstandards Europas entgegenläuft, und das internationale Beziehungen in immer neurotischerer Form als gewalttätiges Nullsummenspiel betrachtet. Dasselbe gilt für China, dessen harter Nationalismus, pseudokommunistische Cliquenherrschaft und kollektiver kultureller Überlegenheitskomplex mit offener Gesellschaft, individuellen Freiheitsrechten und gesellschaftlichem Pluralismus unvereinbar ist. Amerika ist eine unbequeme Schutzmacht, seine Politik erscheint oft fremd und seine Maßstäbe verrückende, disruptive, kapitalistische Moderne manchmal als eine Zumutung für oft anders getaktete europäische Gesellschaften. Und doch wird Europa nur an Amerikas Seite annähernd es selbst bleiben können.

Die Amerikaner verlieren das Interesse an Europa

Da ist was dran, und das ist die eigentliche Gefahr für Europa. Die Abwendung Amerikas von Europa vollzieht sich schleichend seit dem Ende des Kalten Krieges. Präsidenten wie Bill Clinton und Barack Obama, die von den Europäern verehrt wurden, haben diesen Prozess eher forciert denn gebremst. In gewisser Weise ist dieser Prozess normal. Europa verliert, global gesehen, an Bedeutung. Die Suppenküche für globale Stabilität verlagert sich vom Nordatlantik in den asiatisch-pazifischen Raum. Für eine Supermacht wie Amerika bedeutet das, dass es seine begrenzten Ressourcen anders verteilen muss als bisher. Dieser Trend ist kaum aufzuhalten. Andererseits haben die USA, von George Bush sen. bis Donald Trump, stets in der Erkenntnis gehandelt, dass Europa nicht abgeschrieben oder preisgegeben werden kann. Der globale Wert Amerikas als Supermacht hängt auch davon ab, ob es seine Sicherheitsgarantien in Europa ernst nimmt. Moskau und Peking beobachten das genau. Auf keinem anderen Kontinent hat Amerika so viel investiert, von keinem anderen hängen so viele Jobs ab wie von Europa. Geopolitisch bleibt es zentrales amerikanisches Interesse, die Gegenküste Europa zu stabilisieren und nicht an geopolitische Rivalen abzugeben. Strategisch braucht Amerika Europa als Sprungbrett in den Nahen Osten und nach Afrika.

Doch die Europäer sollten sich darauf nicht allzu sehr ausruhen. Es muss ein europäisches Kernanliegen sein, Amerika dauerhaft in Europa zu halten. Der beste Weg, den Amerikanern zu zeigen, warum sie Europas Interessen ernst nehmen sollen, ist es, wenn Europa sie selbst ernst nimmt. Ein Weg dahin ist es, mehr für seine eigene Sicherheit zu tun, finanziell und politisch. Wo Europäer selbst investieren, da lohnt es sich auch für Amerika zu investieren. Das ist heute nicht anders als es beim Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg war.

Trump zerstört Amerika

Nein, er wird es nicht schaffen. Gerade er nicht. Keine Präsidentschaft, ob vier- oder achtjährig, wäre dazu in der Lage. Aber natürlich ist es nicht undenkbar, dass sich die amerikanische Demokratie selbst abschafft. Ob das passiert, hängt von sehr langfristigen Entwicklungen auf verschiedenen Ebenen ab: Halten die „checks and balances“, also das System der sich gegenseitig kontrollierenden Staatsgewalten? Bleiben die Selbstheilungskräfte des Systems intakt? Das bezieht sich vor allem auf das Wahlrecht und den fairen Zuschnitt der Wahlkreise, sodass an der Wurzel der Demokratie der freie Wettbewerb erhalten bleibt. Kann die Wahlkampffinanzierung so organisiert werden, dass sie nicht die radikalen Ränder, sondern die gemäßigte Mitte stärkt? Kann denjenigen, die im amerikanischen Kapitalismus auf der Verliererseite stehen, auch weiterhin ein Versprechen auf die Zukunft gemacht werden? Kann der Weg von der europäisch-weißen Mehrheitskul-

tur zur multiethnischen und multikulturellen Diversität friedlich organisiert werden? Kann das moralische Versprechen der Idee Amerika („gleiche Rechte für alle“), das für die amerikanische Identität so zentral ist, weil es Zusammengehörigkeit jenseits von Hautfarbe und kultureller Prägung erzeugt, weiter eingelöst werden?

Wie jede aus Angst geborene sozialrevolutionäre Bewegung versucht auch der Trumpismus, die Hand an all diese Dinge zu legen. Das eigentliche Geheimnis der amerikanischen Demokratie sind aber nicht die „checks and balances“, sondern die Mobilisierungsbereitschaft einer Gesellschaft, die sich, anders als in Europa, seit ihrer Gründung als Anwältin ihrer eigenen Sache versteht. Erst wenn dieser amerikanische „civic spirit“, also Bürgergeist, stirbt, werden auch die genialen Konstruktionen der Verfassungsväter nicht mehr ausreichen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass dieser Bürgergeist verkümmert wäre. Trump scheint ihn eher gestärkt zu haben, denn so sehr er in der Lage war, sein eigenes Lager zu mobilisieren, so sehr hat er auch seine Gegner in Fahrt gebracht. Dies ist in Europa oft weniger sichtbar, sollte aber im Auge behalten werden, bevor man das Ableben Amerikas verkündet.

Mit Trump kann man nicht zusammenarbeiten

Doch, kann man, aber es ist viel schwieriger als früher. Wichtig ist, zwischen tagespolitischen Themen und grundsätzlichen Strategiefragen zu unterscheiden. In der Tagespolitik ist Trump ein schwierigerer Partner als die meisten anderen Präsidenten der jüngeren Geschichte. Aber in der Tagespolitik hat es mit den Vereinigten Staaten auch in der Vergangenheit immer wieder Streit und sogar scharfe Auseinandersetzungen gegeben, egal wer Präsident war. Das ist diesmal auch so, zum Teil in verschärfter Form. Wichtiger ist es, den Grundkonsens in strategischen Kernfragen nicht zu verlieren. Dazu gehören der Wert der NATO, die Relevanz der US-Präsenz in Europa und Amerikas stabilisierendes Engagement in der Welt. Deswegen ist die Auseinandersetzung um den europäischen Verteidigungsbeitrag in der NATO so zentral, und deswegen sind Themen wie russischer Einfluss auf amerikanische Wahlen, die Zukunft des Atomdeals mit dem Iran und Trumps Tweets in der nordkoreanischen Nuklearfrage so elektrisierend. Sie alle rangieren an der Schnittstelle von tagespolitischem Streit und exemplarischem strategischen Wert. In all diesen Fragen kann man auch mit Trumps Regierung zusammenarbeiten, auch wenn es nicht leicht ist. Aber Europa muss bei den strategischen Fragen anschlussfähiger werden, um auf die Diskussion und die Politik Amerikas Einfluss zu nehmen. Zu viel hängt für die Europäer selbst davon ab.



Jan Techau
ist Direktor des
Europa-Programms
und Senior Fellow
des German Marshall
Fund of the United
States in Berlin.
